

„Auch Krieg ist eine Menschenrechtsverletzung“

Am 13. Mai 1999 fand in der Bielefelder Seidenstickerhalle ein Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen zum Krieg im Kosovo statt. Es ging um die Frage, ob die Partei, die seit 1998 mit der SPD die Regierung stellte, dem Bundeswehreinsatz im Kosovo zustimmt oder ablehnt. Zu den entschiedenen Gegnerinnen des militärischen Einsatzes gehörte Annelie Buntenbach, die von 1994 bis 2002 Mitglied des Bundestags war. „Der Krieg auf dem Balkan könne nur mit der Rückkehr zur politischen Logik beendet werden“, erklärte sie und sprach mit Katja Lange über grüne Grundwerte und dem Krieg im Kosovo. Das Interview ist am 15. April 1999 im Bielefelder Stadtblatt erschienen. Hier einige Auszüge:

StadtBlatt: [...] Du bist entschiedene Gegnerin des Einsatzes im Kosovo. Stellst Du damit auch die Koalition in Disposition?

Annelie Buntenbach: Ich stelle mich gegen die NATO-Strategie und gegen die deutsche Beteiligung. Ich will, dass sich das Regierungshandeln ändert. Die unmittelbare Kopplung der NATO-Bombardierung an die Koalitionsfrage halte ich für falsch. Ich glaube, dass auch ohne Bomben zu regieren ist.

StadtBlatt: Am 13. Mai ist ein Sonderparteitag der Grünen zu diesem Thema. Steht eine neue Grundsatzdebatte bevor?

Annelie Buntenbach: Es wird um beides gehen, um die konkrete Bewertung der Situation im Kosovo und um die grundsätzliche Debatte. Für mich und viele andere ist die Ablehnung von Kampfeinsätzen eine Grundhaltung der grünen Partei, die übrigens auch im Wahlprogramm im Konsens festgeschrieben ist. Der Krieg trifft also einen Kernpunkt grünen Selbstverständnisses. Und gerade deswegen müssen wir die Auseinandersetzung darüber führen. Was nützt ein Programm, dessen Grundpositionen dann verlassen werden, wenn es seine Praxistauglichkeit unter Beweis stellen muss.

StadtBlatt: Damit mag die Basis mehr Probleme haben als die RealpolitikerInnen deiner Partei, die unter Regierungsverantwortung stehen.

Annelie Buntenbach: Ich glaube, dass meine Position ausgesprochen realpolitisch ist. Die Realität zeigt, dass die Gleichung, wie sie in der Bosnien-Diskussion immer wieder aufgemacht wurde, nicht zu

halten ist: Die Ablehnung von Militärintervention sei hilflos und ohnmächtig, militärisches Eingreifen dagegen ein druck- und kraftvolles Mittel zur Beendigung eines Konflikts. Wir brauchen eine rationale Auseinandersetzung darüber, dass mit Bomben kein Krieg zu beenden ist. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie sich ein solcher NATO-Angriff ohne jedes Völkerrechtsmandat international auswirkt. Schließlich müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie sich die Bombardierung für die Zivilbevölkerung darstellt. Das erste, was im Krieg bekanntlich auf der Strecke bleibt, ist die Wahrheit, und die offiziellen Berichte haben immer auch einen propagandistischen Hintergrund. Natürlich gibt es keine chirurgische Präzision eines Computerbombenkriegs. Das klare Votum gegen Militäreinsätze ist keinesfalls mit Hilflosigkeit gleichzusetzen, denn als hilflos gegenüber dem formulierten Ziel, die humanitäre Situation zu verbessern, hat sich der Militäreinsatz erwiesen.

StadtBlatt: Humanitäre Ziele sind schöne Labels, als Interessen, die einer macht- oder bündnispolitischen Logik folgen ...

Annelie Buntenbach: Wenn diese Ziele wenigstens klar wären. Unter dieser moralischen Keule wird verborgen, dass die politischen Ziele, die mit der Bombardierung erreicht werden sollen, entweder unklar oder nicht erreichbar sind. Auch Krieg ist eine Menschenrechtsverletzung. Wir müssen uns aus dieser hilflosen Fixierung befreien, Militär als Lösung zu begreifen. Das gilt für die Grünen sowie für die demokratische Linke insgesamt. Die militärische Eskalationslogik hat mit politischen Zielsetzungen nichts zu tun und ist von niemandem derzeit zu überblicken. Die Diskussion über Bodentruppen, über die Stationierung zusätzlicher Flugzeuge und Kampfhubschrauber in Albanien folgt einer militärischen Eigenlogik und trennt sich in der Tat immer mehr von greifbaren politischen Zielsetzungen ab. Deswegen ist es so entscheidend, jetzt zu sagen: Stopp der Bombardierungen und zurück an den Verhandlungstisch. Ein Versuch also, der politischen Logik wieder auf die Beine zu helfen.